

Die „Volkswacht“ erscheint täglich abends 7 Uhr außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, und halbjährlich M. 4.50. Postzeitungliste Nr. 7988.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgeld: Beträge für die Abbestellung des Bestellscheins, der den Namen, die Adresse, für den Betrag und den Namen des Bestellers enthält, sind dem Besteller bis zum 10. d. M. zu überreichen. Sonstige Abbestellungen müssen bis zum 10. d. M. in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 39.

Donnerstag, den 15. Februar 1900.

11. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Wer zahlt die Kosten?

Das die Flottenschwärmer in ihrer übergroßen Mehrheit ungeheuren Kosten der neuen Flotte aus den Taschen der Armen decken wollen, dafür bringt jeder Tag Beweise. So ist der Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, der monarchialliberale Reichstagsabgeordnete Behr, im Lande umher und führt aus, daß ein Mehr von 3 bis 4 Mark pro Kopf der Bevölkerung auf Bier, Branntwein und Tabak leicht getragen werden könnte.

Der Bürgermeister von Hamburg, Lehmann, hat einem Interview gegenüber seine Verzeigerung für den Flottenplan bekundet. Den Gedanken, auf dem Wege einer Erhöhung der Erbschaftsteuer, welche also nur die bemitteltesten Schichten treffen würde, die Kosten aufzutragen, wies er Herr Bürgermeister Dr. Lehmann entschieden zurück. Hamburg, so erklärte er, habe bereits eine sehr hohe Erbschaftsteuer, deren Erträgnis es bei seinem hohen Budget aber selbst brauche. Den einzigen Ausweg, wenn man den Weg der Anleihe nicht beschreiten wolle, gegen den aber absolut nichts Stichhaltiges vorzubringen sei (?), erblickt der Hamburger Bürgermeister in der Einhebung indirekter Steuern. Merkt Euch das, Ihr deutschen Arbeiter!

Wie man uns behandelt!

Der Genosse Fallentbed in Dresden, der im vorjährigen Jahre wegen geringfügiger thätlicher Beleidigung eines Streikführers zu der außerordentlichen Strafe von fünf Monaten verurteilt wurde, ist durch Befreiung der Polizeidirektion Dresden dreitägiger Frist aus Dresden ausgewiesen worden. Fallentbed ist nicht etwa ein „lästig gewordener“ Ausländer, sondern ein geachteter Sachse und wohnt überdies schon sieben Jahre ununterbrochen in Dresden.

Die Ausweisung stützt sich auf das bekannte Bagadubengesez vom Jahre 1886, das den Polizeibehörden das Recht giebt, bestimmte Personen aus ihrem bisherigen Aufenthaltsorte auszuweisen, wenn angunehmen ist, daß ihnen der Aufenthalt an diesem Orte in besonderer Weise Gelegenheit zu neuen Gesetzesverletzungen geben würde.

Es ist dasselbe Gesez, das vor einigen Jahren in dem aufmerksamen Falle Rosenow mit Hilfe der gewaltigsten Ausübungsmittel zur Anwendung kam. Das Gesez ist nach den ausständlichen Versicherungen der Regierungsvertreter, die seiner Zeit im Landtag auf Provokation der sozialdemokratischen Abgeordneten gegeben wurden, nur dazu bestimmt, den Polizeibehörden ein Mittel an die Hand zu geben, um sich arbeitscheuer und dergleichen Personen zu entledigen und sollte keineswegs zu politischen Maßregelungen bestimmt sein.

Das Gesez soll nach seinem Wortlaut nicht anwendbar sein auf Personen, die mindestens 2 Jahre im Orte wohnen und in der Zeit einen „ständigen, ehrbaren Erwerb“ gehabt haben. Fallentbed wohnt, wie bemerkt, schon seit 7 Jahren in Dresden und hatte dort ständiger Arbeiter stets seinen „ständigen, ehrbaren Erwerb“. Das was macht der Dresdener Polizei keine Sorgen — sie braucht die Handhabe gegen die Arbeiterbewegung und darum schafft sie eine; sie braucht ein eigenes Sozialistengesetz und darum macht sie eins.

Aber braucht sie auch Erbitterung in der Arbeiterklasse? Muß

es nicht im höchsten Grade erbittern, daß ein ehrenhafter Arbeiter wegen einer Lappalie, die in der Erregung des Lohnkampfes ihre Erklärung findet (E. hatte einen Streikbrecher gestochen), erst zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und dann davon jagt, vor Haus und Familie gerissen, um seine Existenz gebracht wird?

Wie schön paßt das zu dem Flottentamtam, für den man sich trampschaft bemüht, die Arbeitermassen einzufangen mit patriotischen Falsen!

Neue Wolochsopfer?

Wie die „Schles. Volkszeitung“ aus Berlin erfährt, wird beabsichtigt, sämtliche Jäger-Bataillone des Heeres mit je einer Maschinengewehr-Batterie zu sechs Gewehren auszurüsten und bei jedem Jäger-Bataillon eine besondere Kompanie oder Abtheilung zu bilden, der die Batterie überwiesen werden soll. Das würde eine Vermehrung des Landheeres um 19 Maschinengewehr-Batterien der Linie und die voraussichtlich gleiche Anzahl für die im Mobilmachungsfalle aufzustellenden Jägerbataillone der Reserve, mithin um 38 Maschinengewehr-Batterien bedingen. Auch für die Infanterie soll eine solche Maßregel für später beabsichtigt sein.

Das wäre also eine Ausrüstung mit Geschützen, wie sie die Buren haben. Natürlich müssen wir „so was Schönes“ auch gleich haben. Wir können es ja bezahlen!

Ein neuer Kolonialskandal.

Abg. Bebel hat am Dienstag im Reichstag mitgeteilt, ihm sei berichtet worden, daß in Logo ein Offizier der Schutztruppe vier Dorfskafte so habe mißhandeln lassen, daß sie starben; ein anderer Offizier der Schutztruppe habe eine Eingeborenenfrau zu Tode geprügelt und ihr Kind niedergeschossen. Zunächst erklärte Dr. v. Buchta, ihm seien die Fälle gänzlich unbekannt. Nachdem Bebel ihm privatim die Namen der betreffenden Kolonialhelden genannt hatte, ließ er, dem „Vorw.“ zufolge, feststellen, daß allerdings gegen die zwei Offiziere eine Untersuchung schwebt, nur solle der Sachverhalt etwas anders sein, als an Bebel berichtet worden ist.

Der „Vorwärts“ theilt noch mit, daß die beiden Offiziere sich in Deutschland befinden und zwar in vollster Freiheit. Sehr einflußreiche Hintermänner sollen versuchen, die beiden Kolonialhelden dem Arm der Gerechtigkeit zu entziehen. Bebel wird bei der dritten Lesung des Stats auf die Sache zurückkommen.

Zu der Verhandlung über die Kolonialskandale im Reichstag spricht die „Tägl. Rundsch.“ ihre Bewunderung darüber aus, daß der Kolonialdirektor v. Buchta die Thatsache nicht mitgeteilt habe, daß Prinz Arenberg in Münster der Frau seines Wachtmeisters einen Tritt vor den Leib gegeben hat und deswegen den Rath erhielt aus den Herre auszuschleiden.

Der Zentralverband der Industriellen, genannt Scharfmacherverband, hielt am Dienstag in Berlin eine Delegirten-Versammlung ab. Der Geschäftsführer Bueck erstattete den Bericht über die Thätigkeit des Verbandes; er bewillkommnete die Kanal- und die Flottenvorlage, bedauerte die Ablehnung der Zuchtbauborlage. Dr. Beumer sprach über die Revision des Unfallversicherungsgesezes; die reaktionären Wünsche der Zentralverbändler in dieser Frage theilten wir bereits mit.

Herr Bueck erlaubte sich bei der Besprechung der Zuchtbaub-

vorlage, die Sozialdemokratie mit dem Unkraut zu vergleichen, das den Acker erwidt und ausgejätzt werden mußte. Die Beleidigungen des Agitators der Großkapitalisten lassen uns lächl. Daß dem organisierten Ausbeuterthum derjenige nicht gefällt, der sein volkverderbliches Treiben bekämpft, ist nicht verwunderlich.

Ausland.

Der reichste Kirchenfürst Oesterreichs ist bekanntlich der Osnitzer Fürstbischof Theodor Kohn, eines getauften Juden Sohn; er ist Herzog der königlichen Kapelle und Kardinal der römischen Kirche. Sein Einkommen, das er zu sehr großem Theile aus Grundrente bezieht, wird auf jährlich 1,400,000 Mk. geschätzt.

Kohn nun, eines der vornehmsten Häupter der katholischen Kirche in Oesterreich, will für die Unterhaltung der ihm unterstellten Pfarren keine Beiträge leisten und er weigert sich, die Kirchenrenten, die ihm als Besitzer großer Liegenschaften in Tirol und Branz von den dortigen Kirchenausschüssen aufgelegt wurden, zu zahlen. Er ergreift deshalb nicht nur Rekurs bei den politischen Behörden, sondern er führte die Sache bis zum äußersten. Der mit dem rothen Ordenshut und dem Pallium gekrönte, der mit dem heiligen Chrysom getaufte Kirchenfürst Kohn ging zum Verwaltungsgericht wegen eines Betrages von 680 Mark!

Der millionenreiche Kohn hat ein Tageseinkommen von 3700 Mark, die verwertigten 680 Mark sind also, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ sagt, ungefähr das, was Kohn so zwischen dem Aufstehen und dem Schlafengehen zu verwehren hat. Und das obwohl die Einkommen beständig über die Armut der Landpfarren klagern, und das, obwohl er doch als Fürstbischof genügende Seelsorge schaffen muß!

Sogar der Ministerialvertreter Nikstra mußte bei der Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichte sagen, die Haltung des beschwerdeführenden Kirchenfürsten mäßt die Konkurrenz in den Kirchenrenten eigentümlich herab. Es sollte auch der Schein vermieden werden, daß diejenige Persönlichkeit, die vermöge ihres Amtes und Stellung die meisten Benefizien (Vorthelle) einer Einrichtung genießt, sich durch eine gewaltthätige Ausübung des Besizes einer Beitragsleistung für diese Einrichtung entgegen wolle.

Krieg in Südafrika.

Der Brüsseler „Petit Bleu“ berichtet aus Pretoria, daß in den letzten Tagen des Dezember 2000 englische Soldaten an den Ufern des Maputafusses an der Grenze von Swasiland und dem portugiesischen Gebiete angekommen seien, welche während des Rückzuges auf Durbee von den Truppen des Generals White getrennt worden und wochenlang im Zululande umhergeirrt seien. Sie seien ohne Stiefel und stark ausgehungert auf portugiesischem Gebiete angelangt, wo sie entwaffnet worden seien. Von diesen 2000 Engländern glaubte man, sie seien mit General White in Labymith eingeschlossen.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz hat Lord Roberts im Robberlager drei Infanterie- und eine Kavallerie-Division zum sofortigen Entsatze Kimberleys beordert, das durch Hunger und Epidemien erschöpft und unfähig ist, länger zu widerstehen. Im Januar zählte man allein 3000 Tode, darunter 90 Prozent Frauen und Kinder. Roberts dürfte versuchen, Cronjes linke Flanke zu umgehen und Bloemfontein zu bedrohen, um dadurch Cronje von Kimberley fortzuziehen.

Im Norden der Kapkolonie stehen gegenwärtig wenigstens 25.000 Freizugaburen, während General Gatacre bei Stormberg festgehalten und halbfeiesförmig eingeschlossen ist. French sich eben so wenig rühren kann und höchstens südwärts zurückgehen könnte, und General Kelly-Kenny nicht einmal in der Lage war, seine Verbindung mit den beiden letztgenannten herzustellen.

Erzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.
Deutsch von Kurt Baake.

(Nachdruck verboten.)

Zehn Minuten lang zählte der Redner die zahllosen Wohlthaten auf, womit die Bevölkerung überhäuft werden würde. Das ging soweit, daß er selbst von der Hand Gottes sprach. Hierauf erwiderte er dem ersten Ingenieur; er ging aber nicht auf dessen Rede ein, machte überhaupt gar keine Erwähnung darauf, sondern sagte nur einfach das Gegentheil von dem, was dieser gesagt hatte, indem er nachdrücklich auf die neue Eingabe des Herrn Kahn hinwies und ihn als befehllos, selbstlos und hochherzig schilderte. Die finanzielle Seite des Unternehmens trübte keine heitere Ruhe nicht; mit einer Geste schichtete er lächelnd Goldhaufen auf. Stürmischer Beifall brach los, so daß er eine Weile nicht weiterreden konnte.

„Nur noch ein Schlusswort, meine Herren“, sagte er, indem er sich die Lippen mit seinem Taschentuche abwischt hatte.

Das Schlusswort dauerte eine Viertelstunde. Er beugte sich an seinen eigenen Worten und engagierte sich für die Sache, als er ursprünglich gewollt hatte. Ja, demselben Schlafphasen gab er sogar, als er bei der Größe des Reiches war, und die hohe Intelligenz des Kaisers nicht, deutlich zu verstehen, daß Se. Majestät die Zweigbahn nach Angers unter feinen besonderen Schutz nehme. Die Privatunternehmungen war zu einer Staatsangelegenheit geworden.

Drei Beifallsstürme ertönten. Ein Flug haben, der dem klaren Himmel hoch dahinflug, erschrak und krächzte. Sobald das letzte Wort des Redners verhallt war,

hatte die „Philharmonische Gesellschaft“ auf ein Zeichen vom Zelle her zu spielen begonnen. Die Frauen auf dem Hügel drückten ihre Röcke zusammen und erhoben sich rasch: Sie wollten von dem Schauspiel, das nun kommen sollte, nichts verlieren. Mittlerweile drängten sich die Gäste um Rougon herum und lächelten freudig. Der Bürgermeister, der Staatsanwalt und der Oberst der 78er hörten kopfnickend dem Abgeordneten zu, der seinem Entzücken über die Rede in halblauten Worten, aber so, daß der Minister es hören mußte, Ausdruck verlieh. Den höchsten Enthusiasmus aber legte zweifellos der erste Ingenieur für den Brücken- und Wegebau an den Tag; er war außerordentlich feurig, nur sein Mund blieb schief verzogen, als wenn ihn die herrlichen Worte des großen Mannes wie mit einem Blitzstrahl getroffen hätten.

„Würden Erzellenz die Liebenswürdigkeit haben und mir folgen“, sagte Herr Kahn, dessen dickes Gesicht vor Freude schwiigte.

Das Ende nahte. Seine Erzellenz schickte sich an, Feuer an die Zündschnur zum ersten Sprengloch zu legen. Eben hatte die Abtheilung Arbeiter in neuen Blusen Befehl erhalten, und die Männer zogen dem Minister und Herrn Kahn voran in den Erde-Einschnitt hinein, wo sie sich in zwei Reihen aufstellten. Ein Werkführer hielt ein Stück brennende Lunte und reichte sie Rougon. Die Vertreter der Behörden, die im Zelte zurückgeblieben waren, machten lange Gänge, das Publikum stand in ängstlicher Erwartung auch die Philharmonische Gesellschaft spielte noch immer neue Weisen.

„Wird es sehr knallen?“ fragte mit unruhigem Lächeln die Gattin des Gymnasialdirektors einen der beiden Staatsanwaltsgehilfen.

„Das hängt ganz von der Natur des Gesteins ab“, be- eilte sich der Handelsgerichtspräsident zu erwidern und ließ sich in mineralogische Erklärungen ein.

„Ich halt' mir die Ohren zu“, flücherte die älteste der drei Töchter des Fluß- und Forstinspektors.

Rougon stand mit der brennenden Lunte in der Hand unter all' den Menschen da und kam sich lächerlich vor. Die Windmühlengerippe auf dem Hügelkamm oben knackten stärker. Da machte er rasch und legte Feuer an die Zündschnur, deren Ende ihm der Werkführer zwischen zwei Steinen wies. So gleich blieb ein Arbeiter kräftig in ein Horn, und die ganze Arbeiterabtheilung trat zurück. Herr Kahn hatte Se. Erzellenz voll unruhiger Besorgnis rasch unter das Zelt zurückgeführt.

„Nun, das will wohl nicht losgehen?“ stotterte der Vorsteher des Grundbuchamtes und zwinkerte ängstlich mit den Augen. Am liebsten hätte er sich, wie die Damen, die Ohren zugehalten.

Erst nach zwei Minuten trachte der Sprengstich. Aus Vorsicht war eine sehr lange Zündschnur genommen worden. Inzwischen hatte sich die Spannung der Zuschauer beinahe zur Angst gesteigert; alle Augen waren auf den rothen Felsen geheftet und bildeten sich schon ein, ihn winken zu sehen; nervöse Leute behaupteten, daß es ihnen jetzt schon durch Mark und Bein ging. Endlich gab es eine dumpfe Erschütterung, der Felsen spaltete sich und zwei häuße große Bruchstücke wurden mit dem Pulverdampf emporgeschleudert. Nun ging Jeder heim und hundert Mal hörte man die Frage:

„Riechen Sie das Pulver?“

Am Abend gab der Präfest ein Diner, an dem die Behörden theilnahmen. Zu dem Ball, der sich an das Essen angeschlossen, hatte er fünfshundert Einladungen versendet. Dieser Ball verlief glänzend. Der große Saal war mit grünen Pflanzen geschmückt, und an seinen vier Ecken waren noch vier kleine Kronleuchter angebracht, deren Kerzen im Verein mit den Lichtern des Kronleuchters in der Mitte, strahlende Heiligkeit verbreiteten. Solchen Glanz hatte Niort noch nie gesehen.

Kontinuation folgt.

Denn dieser ist gerade für den Bau der Zentralbahn und gegen den Bau der Stichbahn. Glaubt der Herr v. Siemens wirklich an die Erfolge der Bahn, warum tritt er nicht schon jetzt an die Spitze des Unternehmens? So stehen wir vor der eigenartigen Tatsache, daß er anderen Seiten den Rath giebt, die Sache aufzumachen selbst, während er die vollen Taschen zupackt. Herr v. Siemens hat von höchstlichen Beamten gesprochen, die vor 60-70 Jahren den Bahnbau von Dresden nach Leipzig für unmöglich erklärt haben. Auch heute aber baut man keine Eisenbahn, die sich voranschreitlich so schlecht rentieren wird wie die Usambarabahn. Herr v. Siemens meint, die großen Finanziers seien sozialjügend die Führer und Lenker der Nation, die dem deutschen Unternehmungsgeiste die Wege weisen. Bisher haben die Herren aber nur gezeigt, daß diese Wege nicht nach Ostafrika führen. Deshalb lassen wir lieber die Finger von dem ganzen Bahnbau. (Beifall.)

Abg. Dr. Haffner (mt.): Meine Freunde werden für den Antrag Nichter stimmen. Herr Professor Hans Meyer erklärt sich zwar gegen die Zentralbahn, mit gleicher Wärme aber für die Stichbahn. Damit schließt die Diskussion. Die beiden Etatspositionen werden dem Antrage Nichter gemäß an die Budgetkommission zurückverwiesen. Sodann wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 14. Februar 1900

Im Abgeordnetenhaus wurde die Spezialberatung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Herr von Rheinbaben muß immer noch auf die Bewilligung seines Gehaltes warten. Die Diskussion war heute sehr lebhaft und drehte sich in der Hauptsache um die Agitation, die Beamte in Ostpreußen für das konservative Organ gegen die Sozialdemokratie, den „Wolfsbach“, entfalten. Herr Kopsch von der freisinnigen Volkspartei führte Beschwerde, daß ein Kreislichinspektor auf Anordnung des Landrats Gubernikus eines Bezirks eine Aufforderung zum Abonnement auf das Blättchen amtlich zugestellt habe. Der wackere Kreislichinspektor hat außerdem noch die Postboten zur Part und ihre Aufforderungen in amtliche Briefe paratirel befehlen lassen. Herr von Rheinbaben sagte diese Entziehung der Postgebühren nicht zu rechtfertigen. Formell gab er dem Kreislichinspektor Unrecht, materiell aber lobte er ihn, weil er der Sozialdemokratie entgegengetreten sei. Diesen Standpunkt des Ministers griffen die Abgeordneten Müller und Barth von der freisinnigen Vereinigung sehr entschieden an, und auch der nationalliberale Abgeordnete Dr. Friedberg gab der Regierung zu bedenken, daß der „Wolfsbach“ nicht nur antisozialdemokratisch sondern auch antisemitisch und extrem agrarisch sei. In den Augen des Ministers ist der Kampf, den das Blatt gegen die Sozialdemokratie führt, so wertvoll, daß er dessen Gegenwart gegen den Kanal mit in den Kauf nimmt. Sehr ungeschickt mischte sich der freisinnige Volksparteiler Goldschmidt in die Debatte. Er verstand es nicht, seinen an sich berechtigten Anträgen an den Minister, wie es mit der Aufhebung des Reichlichen Schützlerlages stände, und ob die Nichtbestätigung des Oberbürgermeisters mit der Postfrage für den Friedhof der Märzgefallenen in Beziehung stünde, die richtige Form zu geben. Debatte wurde im Uebrigen noch über die Feuergefährlichkeit der Rauchhäuser und die Unstlichkeit der Berliner Friedhöfe geführt. Der Zentrumabgeordnete Schmitz-Dasselhof legte dem Hause ein Verzeichnis von Einladungszetteln vor, die ihm beim Passiren dieser Straße in die Hand gedrückt worden seien, und in denen solche empfohlen würden, die mindestens mittelbar die Unstlichkeit fördern. Morgen geht die Beratung weiter.

Parlamentarisches.

Unfallkommission. Die Sitzung am Dienstag wurde vollständig in Anspruch genommen durch die Fortsetzung der Montag abgebrochenen Beratung über die Frage, ob und in welcher Weise bei der Feststellung der Entschädigungen auch die Arbeiter mitwirken sollen. Gegen den sozialdemokratischen Antrag, der mit der Festsetzung der Entschädigungen eine aus der gleichen Anzahl von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer gebildete Kommission betrauen wollte, erklärten sich die bürgerlichen Abgeordneten, so daß er schließlich gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt wurde.

Im Laufe der Verhandlungen war von den Vertretern der Berufsgenossenschaft aus der Schule geplaudert worden, daß die Feststellung der Entschädigungen oft auf schriftlichem Wege erfolgt ist. Um dies unter allen Umständen unmöglich zu machen, beantragten die Sozialdemokraten, daß die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen nach einer mündlichen Verhandlung zu erfolgen habe, in der dem Verletzten Gelegenheit gegeben ist, seine Rechte mündlich wahrzunehmen. Aber auch dieser Antrag wurde als zu weitgehend niedergestimmt.

Der ultramontane Antrag nach dem vor der Feststellung der Entschädigung auf Antrag der Beteiligten die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer ein Gutachten abgeben sollen, wurde ebenfalls sehr eifrig bekämpft, namentlich von der Regierung. Der Ministerdirektor von Woedtke gab sich die größte Mühe, die Zentrumsberechtigten davon zu überzeugen, daß der Antrag die ganze Reform in Frage stellen werde. Die Berufsgenossenschaften wärdren sich einer solchen Eingriff in ihre Allmacht nie und nimmer gefallen lassen. Er sagte dann weiter wörtlich: „Wir sind ja auf das Wohlwollen der Berufsgenossenschaft angewiesen.“ „Sich freisinnig“ ist die Stellung der Herren Bischoff und Wemmer. Sie erklärten, daß sie im Prinzip sowohl für die Mitwirkung der Arbeiter als auch für die mündliche Verhandlung bei der Feststellung der Entschädigungen seien. In der Praxis sind sie aber gegen ihre Prinzipien. Unter keinen Umständen werde die Allmacht der Berufsgenossenschaften eingeschränkt werden. Der ultramontane Antrag sei aber den Berufsgenossenschaften so schädlich, daß er für sie den Anfang vom Ende bedeute. Die bürgerlichen Herren mußten sich von einem andern, allerdings nicht ganz so freisinnigen Vertreter einer Berufsgenossenschaft, von Herrn Mörike, sagen lassen, daß wenn diese Organisation in der That der Erfüllung einer so gerechten Forderung der Arbeiter entgegenstände, man sie so schnell wie möglich beseitigen müsse. Er sei aber für den ultramontanen Antrag in der Ueberzeugung, daß durch Beweiden die Berufsgenossenschaften in ihrer Wirksamkeit durchaus nicht gekürzt werden. Da die Regierung sah, daß das Zentrum seinen Antrag trotz der „eindringlichen Rede“ festhalte, kam sie einen allerdings sehr kleinen Schritt entgegen und regte den folgenden Antrag der Freisinnigen und Konservativen an: „Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten die Unterlage auf Grund deren die Festsetzung erfolgen soll, durch Vermittelung der unteren Verwaltungsbehörden vorzulegen. Der Entschädigungsberechtigten ist an Protokoll zu vernehmen und seine Äußerungen sind der Berufsgenossenschaft mitzutheilen.“ Sowohl die sozialdemokratischen als auch die ultramontanen Kommissionsmitglieder erklärten, daß mit diesem Antrage durchaus nicht das erreicht sei, was sie erreichen wollten. Immerhin werde durch Annahme dieses Antrages der bestehende Zustand, wenn auch unbedeutend, verbessert. Die Sozialdemokraten verlangten, daß statt der unteren Verwaltungsbehörde die Gemeindebehörde gesetzt werden sollte, da sie von dieser Behörde ein größeres Entgegenkommen erwartet und durch die Gemeindeverwaltung eine gewisse Kontrolle möglich sei. Die Konservativen und die Regierung sind gegen den sozialdemokratischen Abänderungsantrag. Der Landrat sei „der Bauer und der Arbeiter und Hilffloßen“, er könne am besten entscheiden, ob in dem einzelnen Falle die Vernehmung der Entschädigungsberechtigten durch die Gemeindebehörde erfolgen könne und dann werde er es schon veranlassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Trimborn mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Danach wäre das Gutachten der Vertreter der Arbeiter und Unternehmer in allen Fällen, in denen es vorzuziehende Arbeiter verlangt, gesichert. Da aber bereits Unter-

handlungen im Gange sind, einen Kompromiß zwischen dem Zentrum und der Regierung auch in dieser Frage herbeizuführen, so ist es zweifelhaft, welches Resultat die zweite Sitzung liefert. Nächste Sitzung Donnerstag.

Partei-Angelogenheiten.

Gegen die Flottenvorlage protestirten die Arbeiter in Bremen, Hamburg, Danabrad, Jyehoe, Köthen und Magdeburg in stark besuchten Versammlungen. Die vorgelegten Resolutionen wurden ohne Widerspruch angenommen.

Der Agitationskaleender „Dresdener Landbote für 1900“ macht der Polizei fortgesetzt Sorgen. Nachdem er vom Amtsgericht Adligsdorf aus schon mitgetheilten erstantlichen Urtheilen mit Beschlag belegt worden ist, erläßt nun der Landrat des Kreises Raguit eine amtliche Bekanntmachung, worin er die Ortsbehörden und Gendarmen des Kreises ersucht, nach dem genannten Kalender fortgesetzt zu recherchiren, ihn im Falle des Auffindens sofort in Beschlag zu nehmen und der königlichen Staatsanwaltschaft zu stellen, sowie dieser Behörde auch etwaige Verbreiter des Kalenders zwecks Verhaftung namhaft zu machen.

Der Herr Landrat verzicht nur hinzuzufügen, daß die Beschlagnahme nur soweit gilt, als sich solche Kalender irgendwo zum Zwecke der Verbreitung vorfinden. In allen übrigen Fällen hat die Beschlagnahme keinerlei Wirkung und die Herren Gendarmen haben nicht das geringste Recht, im Privatbesitz befindliche Kalender wegzunehmen.

Es dürfte sich übrigens empfehlen, in Gegenden, wo Maßregeln dieser Art noch zu befürchten sind, die Kalender selbst mit einer Beschriftung über diesen Sachstand zu versehen, damit sich die lächerlichen Empfänger nicht durch den Herrn Gendarm oder Gemeindevorsteher einschüchtern lassen.

Partei-Organisation. Die Vertrauensmänner des Wahlkreises Altona-Friedrich beschlossen, das Vertrauensmänner-System aufzuheben und die Parteigeschäfte dem sozialdemokratischen Verein zu übertragen.

Die sozialdemokratische Partei Ungarns beruft für den 15. und 16. April einen Landeskongreß nach Budapest ein, an den sich am 17. und 18. der Kongreß der Feldarbeiter und Kleinbauern anschließern wird.

Der Ausstand der Kohlengräber.

Der Ausstand in Sachsen ist zur Wirklichkeit geworden. Mittwoch früh sind im Zwickauer Revier zwei Drittel von den Tagesbelegschaften nicht eingefahren. Von den Nachtschichtarbeitern wird eine noch stärkere Streikbetheiligung erwartet. Die sächsische Staatsbahn läßt wegen des Kohlenarbeiterstreiks von Montag ab eine Beschränkung des Personenverkehrs eintreten. Die Kohlennoth in Sachsen wird täglich verhängnisvoller. Seit Montag sind zahlreiche neue Betriebsbeeinträchtigungen vorgenommen worden. Viele tausend Arbeiter fern und leiden vielfach Mangel.

In den österreichischen Revieren dauert der Streik mit unverminderter Festigkeit weiter. In Mährisch-Odrau wurde gestern in 24 Arbeiterversammlungen über das Scheitern des Einigungsamtes berichtet. Die Arbeiter geriethen darüber nicht in Aufregung. Sie erklärten sich entschlossen zum Ausbarren bis aufs Neuzerker. Die Führer erwarten nun eine ausgiebige Hilfe vom Reichsrath und der Regierung; sie befehlen noch immer auf der Einföhrung der Achtstundenschicht, eventuell auf Grund des § 14. Sie verlangen die Sequestation aller Gruben, deren Besitzer sich weigern, die gerechten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Der Streik der Maschinenisten und Heizer gewinnt an Ausdehnung. Es fehlt an Erzkraften, so daß die Sicherheit der Gruben in Frage gestellt ist.

Arbeiterbewegung.

Teppicharbeiterstreik. In der Teppichfabrik von Borwert u. Komp. in Barmen brach nach erfolgter 14tägiger Kündigung der Streik aus, da die Firma es ablehnte, einen Minimallohn von vier Mark zu bewilligen.

Der Weberstreik bei der Firma Golsmann in Kupferdreh dauert, wie uns geschrieben wird, an. Der Fabrikant lehnte eine Vermittelung ab, erklärte sich bereit, mit den Arbeitern direkt zu verhandeln, legte ihnen dann aber ein Schriftstück vor, durch dessen Unterzeichnung sie sich verpflichten sollten, aus dem nieder-rheinischen Weberverband auszutreten. Ferner stellte er den Arbeitern, die in den von ihm gemietheten Häusern wohnen, durch den Gerichtsvollzieher die Kündigung zu. Das ist der Segen der Arbeiterwohnhäuser, die von Kapitalisten gestiftet werden.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 12. Februar 1900.

Die Breslauer Landtagswahl ist gestern von der Wahlprüfungs-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses mit elf gegen eine Stimme für ungültig erklärt worden. Es wird darüber aus Berlin berichtet:

Im Mai vorigen Jahres war die Wahl beanstandet und die Staatsregierung versucht worden, Beweis darüber zu erheben, ob während des Wahlaktes an verschiedenen Orten im Wahllokal Geld ausgezahlt worden ist, insbesondere an den Tischen der sozialistischen Partei. Die Beweisnehmung ergab in Bezug darauf ein negatives Resultat. Es ist vielmehr nur erwiesen worden, daß nach dem dritten Wahlakt die Sozialdemokraten an ihre Wahlmänner aus der eigenen Parteikasse für entgangener Arbeitsverdienst und harte Auslagen während des dreizehnstündigen Wahlaktes eine Entschädigung von 5 bis 6 Mark gezahlt haben. Ein Gegen der Stellungnahme der Komarission im Mai vorigen Jahres legte die Majorität derselben jetzt den entscheidenden Werth darauf, daß die sozialistische Partei vor der Wahl der Abgeordneten den Beschluß gefaßt habe, ihren Wahlmännern überhaupt eine Entschädigung zu zahlen, die außer den harten Auslagen noch den entgangenen Arbeitsverdienst des Tages darstelle.

Wenn jemals die Ungültigkeitserklärung einer Wahl aus nichtigen, geradezu lächerlichen „Gründen“ vorgenommen wurde, dann geschah das im vorliegenden Falle. Wie sehr es darauf ankam, um jeden Preis eine Ungültigkeitserklärung herbeizuführen, zeigt klar der Umstand, daß man in der Kommission diesmal zu einer ganz anderen Begründung der Entscheidung wie im vorigen Jahre kam. Damals galt es — mit Recht — als besonders entlastend, daß die Sozialdemokraten schon Tage lang vor der Wahlhandlung bestimmt hatten, daß jeder sozialdemokratische Wahlmann fünf Mark Entschädigung erhalten solle, von einem Stimmenlof also durchaus nicht die Rede sein konnte. Jetzt ist das aber gerade ein Grund zur Ungültigkeitserklärung geworden. Ueberaus bezeichnend für die „unparteiische“ Prüfung der Sache ist es auch, daß man nur einige an der Un-

gültigkeitserklärung interessirte Konser-vativ-lerikale Wahlmänner als Zeugen hat vernehmen lassen, aber nicht einen einzigen sozialdemokratischen Wahlmann, obwohl diese doch in der empfindlichsten Weise des Stimmenkaufs bzw. der Beechlichkeit beschuldigt worden waren.

Bei der Neuwahl wird die sozialdemokratische Partei in Breslau ihre volle Kraft dafür einsetzen, daß die bisherigen freikinnigen Abgeordneten wiedergewählt und die sauberen Pläne unserer Reaktionsäre zu Schanden werden.

Flotten-Sozialisten brauchen die Marineschwärmer auf jeden Fall. Mit Wohlgefallen haben alle möglichen Blätter und Blättchen die Nachricht des „Berl. Tageblattes“ abgedruckt, wonach ein Redakteur des Breslauer sozialdemokratischen Organs sich in gewissem Sinne für die Flottenvermehrung ausgelassen habe. Von unserer Erklärung Notiz zu nehmen, daß die Erzählung auf einer totalen und wie wir jetzt annehmen, wissentlichen Verdröhung der tatsächlichen Ausführungen des in Frage kommenden Genossen beruhe, ist natürlich keinem der flottenfreundlichen Blätter eingefallen. Nur die „Niedersch. Ztg.“ in Götting hat unter Notiznahme der Berichtigung sich noch ärger hineingeritten, indem sie daraufhin behauptet, es würde vom sozialistischen Standpunkt einzig „vernünftig und logisch“ sein, wenn man nach Erlebigung der Kosten-Deckungsfrage die Schiffe bewillige. Das aber auch erst, nachdem die „Berl. Volksztg.“ sie wiederholt recht derbe auf die Berichtigung aufmerksam gemacht hatte. Herrn Mofes „Berliner Tageblatt“, das auf jeden Fall flottenfreundliche Sozialdemokraten aufhören möchte, kennt natürlich den journalistischen Anstand zu wenig, als daß es ohne Weiteres von unserer ihm zugesellten Berichtigung Notiz nehme. Erst als wir, an die Loyalität des „Berl. Tagebl.“ appellirend, die Aufnahme einer Berichtigung verlangten, rückte es aus seiner Reserve heraus, in dem es in einem schön stilisirten Briefe diese Aufnahme zusagte — das Versprechen aber keineswegs hielt! Auf Grund des Presgesetzes eine Berichtigung der auf den ersten Blick als tendenziöse Entstellung kenntlichen Notiz zu verlangen, liegt uns natürlich fern. Geht doch aus dem ganzen Verhalten des „B. Z.“ hervor, daß es nicht nur selbst dupirt ist, sondern daß es auch seinen Stolz darein legt, seine Leser und die Deffentlichkeit zu dupiren!

Der Schneefall hat mit abwechselnder Stärke auch gestern Nacht und heute Vormittag angehalten, so daß die zum Uräumen der Bürgersteige Angestellten gar nicht aus der Arbeit herauskommen.

Die Störungen im Telephonbetrieb unserer Stadt dürften noch mindestens 14 Tage dauern. Trotzdem 300 Arbeiter am Werke sind, die Schäden auszubessern, konnten bisher von den 4000 gestörten Leitungen nur 1500 und von 135 abgebrochenen Leitungssäulen nur 90 wieder aufgerichtet werden. — Die Ober führt wieder Treibeis, das durch die niedergegangenen großen Schneemassen noch an Umfang gewonnen hat. Die Dhle ist bereits zum größten Theile mit einer Eisdecke überzogen. — Betriebsstörungen auf der Eisenbahn in Folge von Schneeverwehungen sind bislang noch nicht zu verzeichnen. Die Schwerkraft betrug am Montag bereits an der Kirche Wang im Riesengebirge 60 Centimeter, in Reinerz 46, in Görbersdorf 45, in Friedland 32, in Glas 23, in Breslau 20 Centimeter. Wir können uns also auch in diesem Jahre wieder auf Hochwasser gefaßt machen und wenn dasselbe eintritt, wird zwar die neue Flotte schon vorbereitet werden, aber die Regulirungen werden noch nicht in Angriff genommen sein.

Der Streik der Zigarrenfertiger der Firma Otto Deter in Breslau dauert noch fort. Im Ausstande befindet sich noch dieselbe Zahl als zu Beginn des Streiks. Die Stimmung der Ausständigen ist zuversichtlich.

Das Arbeiter-Sekretariat Breslau ist in den beiden letzten Wochen vom 29. Januar bis 10. Februar von 193 Personen (172 männlichen und 21 weiblichen) in Anspruch genommen worden. Von den Auskunftsuchenden waren 8 selbstständig, 186 gehörten der Arbeiterklasse an. Gewerkschaftlich organisiert waren 114, 184 hatten ihren Wohnsitz in Breslau, 9 auswärtig. Gegenstand der Auskunft waren: Gewerbliche Streitigkeiten 32, Unfall- 23, Invalidenversicherung 26, Krankensicherung 17, Dienftbotenangelegenheiten 2, Miethsachen 13, Zivil- und Strafsachen 46, Steuer 4, Gewerkschaftliches 12, Armenunterstützung 3, sonstige Anträge 15. Erledigt wurden durch mündliche Auskunft 147 Fälle, schriftlich 46. — Das Arbeiter-Sekretariat (Meffergasse 18/19) ist nur an Wochentagen von 11 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr Abends geöffnet. Die Auskunftserteilung erfolgt an Jedermann unentgeltlich.

Disziplinarverfahren gegen Prof. Dr. Reiffers. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses kam am Mittwoch die Angelegenheit des Professors Dr. Reiffers aus Breslau zur Sprache, welcher in der dermatologischen Klinik Syphiliserum gelunden Personen eingeimpft, und die Ergebnisse dieses Versuches in der „Zeitschrift für Dermatologie Syphilis“ veröffentlicht hatte. Ein Vertreter der Regierung erklärte, es schwebte zur Zeit gegen Professor Reiffers ein Disziplinarverfahren, dessen Beendigung demnächst zu erwarten sei. Dieses Verfahren sei sofort nach Veröffentlichung in der genannten wissenschaftlichen Zeitschrift im Jahre 1898 eingeleitet worden.

Stadt-Theater. Heute Donnerstag wird Abers komische Oper „Fra Diavolo“ zum ersten Male in dieser Saison zur Aufführung gebracht. Morgen Freitag wird Puccinis neue Oper „Die Boheme“ wiederholt; hieran schließt sich das Balletdivertissement „Die vier Jahreszeiten“. Am Sonnabend findet eine Wiederholung von Hoffmanns Komödie „Cyrano von Bergerac“ statt.

Lobe-Theater. Heute Donnerstag findet die achte Aufführung des interessanten Schauspiel „Ephraims Freie“ von Karl Hauptmann statt. Am Freitag wird Jolens neuestes Drama „Wenn wir Todten erwachen“ gegeben. Sonnabend wird die Oper „Die Puppe“ wiederholt.

Der Gutsekte, der am 7. d. Mis. an den Fischtrögen aus der Ober gezogen worden ist, ist als der schwer traktete Bahnarbeiter H. Felgenbauer aus Freyland i. Schles. relognosirt worden.

